

- 2.10.2.6. Mitarbeit in der „Kreiskoordinierungsgruppe Kirchenfragen“
- 2.10.2.7. Bereitschaftsdienst und operative Einsätze
- 2.10.2.8. „Konspiratives“
- 3. Phasen der gesellschaftlichen Entwicklung der DDR und der SED-Kirchenpolitik
  - 3.1. Das Spektrum der Bewertungen der SED-Kirchenpolitik
  - 3.2. Das gesellschaftliche und politische Umfeld der Kirchenpolitik
    - 3.2.1. Der weltpolitische Aspekt
      - 3.2.1.1. Die Ost-West-Entspannung (1971–1975)
      - 3.2.1.2. Rüstung und Nachrüstung (1976–1985)
      - 3.2.1.3. Neues Denken und Handeln (1985–1989)
    - 3.2.2. Phasen der gesellschaftlichen Entwicklung der DDR
      - 3.2.2.1. Friedliche Koexistenz und Klassenkampf (1971-1976)
      - 3.2.2.2. Deutsch-Deutsches im Kalten Krieg (1976-1985)
      - 3.2.2.3. Ideologieverlust und Basisdruck (1985-1989)
  - 3.3. Phasen der Kirchenpolitik der SED
    - 3.3.1. Ausgangslage am Beginn der „Honecker-Zeit“
    - 3.3.2. Freundliche Sterbehilfe (1971–1977)
    - 3.3.3. Man trägt wieder Religion (1978–1985)
    - 3.3.4. Die Kupplung kracht und zieht nicht mehr mit (1986–1989)

Zusammenfassung

Anhang:

Übersicht über wichtige Daten der (zentralen) SED-Kirchenpolitik

Übersicht über die herangezogenen Beschlüsse des Politbüros des ZK der SED

Übersicht über die Strukturen des kirchenpolitischen Handelns

Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen

## 1. *Einleitung und Programm*

Der abgesteckte Zeitrahmen ist nahezu identisch mit der Amtszeit Erich Honeckers als Parteichef der SED (1971–1989). Es geht also um das Spezifische der Kirchenpolitik der SED in der „Honecker-Zeit“.

Dabei setzt die Themenstellung voraus, daß sich grundsätzlich, mindestens aber für diesen Zeitabschnitt, verschiedene Phasen der Kirchenpolitik der SED aufzeigen und sich auf diese Phasen beziehende „Grundlagenbeschlüsse“ nachweisen lassen.

„Grundlagenbeschlüsse“ werden – entsprechend dem hierarchisch gegliederten Partei- und Staatswesen der DDR – vornehmlich in den oberen Leitungsgremien zu suchen und zu lokalisieren sein.

Zur Präzisierung des Themas sind m. E. folgende Einschränkungen notwendig und sinnvoll:

### 1.1. *Oben Cocktail unten Magenbitter?*

Die Unterscheidung verschiedener Phasen nimmt nicht nur eine einordnende Wertung historischer Tatbestände vor, sondern setzt eine nicht unwesentliche Entscheidung voraus: Sind verschiedene Phasen der Kirchenpolitik an sich ändernden Einstellungen, Konzepten und Vorgehensweisen der kirchenpolitisch handelnden Personen in Partei und Staat festzumachen, oder sind die Phasen der Kirchenpolitik am konkreten unterschiedlichen Erleben der Christen in den Kirchengemeinden abzulesen? Selbst die Meinung, daß beides nicht vollständig voneinander zu trennen ist, wird sich nicht der Einsicht verschließen können, daß es im Blick auf das Erleben der Christen in ihren Kirchengemeinden und gesellschaftlichen Lebensvollzügen (Schule, Studium, Beruf) vor allem auch eine Kontinuität festzustellen gilt, die geeignet ist, eine sinnvolle Unterscheidung verschiedener Phasen der Kirchenpolitik mindestens stark zu relativieren.

Für den gesamten Untersuchungszeitraum mit all seinen politischen und gesellschaftlichen Veränderungen kann als „durchgehend“ festgehalten werden:

- Kinder engagierter christlicher Eltern waren in der Schule letztlich am Fortkommen gehindert.  
(Das gilt auch, wenn es für Pfarrerskinder oft leichter war, als etwa für Kinder von Kirchenältesten.)
- Die Mitarbeit von christlichen Eltern (hier besonders die Mitarbeit von kirchlichen Mitarbeitern!) in Elternaktiven oder -beiräten wurde durchgehend zu verhindern gesucht.
- Trotz gegenteiliger Versicherungen hielt sich in weiten Teilen der Bevölkerung die Meinung, daß christliches Bekenntnis oder gar ehrenamtliches Engagement in der Kirchengemeinde letztlich als gesellschaftlicher Makel zu gelten habe. Wohlmeinende Lehrer rieten den Eltern immer wieder, „im Interesse der Kinder“ auf Christenlehre und Konfirmation zu verzichten.
- Berufliche Aufstiegschancen hingen an Mitgliedschaft in Parteien und Organisationen und an der Bereitschaft zum Eingehen von Verpflichtungen („Reserveoffiziersanwärter“, dreijährige Armeezeit etc.).
- In den Landkreisen mit Lokalseitenmonopol der SED-Zeitungen gelang es im ganzen Zeitraum nicht, beispielsweise ein Bibelwort oder ein Kreuzeszeichen in einer Familienanzeige durch die Zensur zu bringen.
- Die christlichen Gemeinden standen unter dauernder Beobachtung, ihre Schaukästen und Nachrichtenblättchen mußten sich immerfort kritische Nachfrage gefallen lassen.

Diese hier nur beispielhaft erwähnten, sich über den ganzen Untersuchungszeitraum durchhaltenden „Grundlagen“ relativieren die kunstvolle Einteilung in „Phasen“. Auch wenn „oben“ auf der Ebene der Kirchenleitungen zu verschiedenen Zeiten verschiedene Arten von „Cocktail“ getrunken wurde, „unten“ war der „Magenbitter“ das vorherrschende Getränk. Paul Verner hatte in seiner Rede zur Interpretation des Gespräches vom 6.3.1978 gesagt:<sup>1</sup>

„Die Kirchenleute übertreiben natürlich . . ., wenn sie behaupten, daß ein Widerspruch besteht zwischen den oben, auf Regierungsebene verwirklichten Grundsätzen und der Praxis an der Basis, in den Bezirken und Kreisen, wenn sie, wie Superintendent Gersdorf aus Leipzig, sagen, „daß oben Cocktail und unten Magenbitter getrunken werde. . . Wir werden darum bemüht bleiben, alle Erscheinungen der Enge in der Arbeit zu beseitigen und den Funktionären und Mitgliedern unserer Partei zu helfen, das Wesen und die Prinzipien unserer Politik gegenüber den Kirchen und Religionsgemeinschaften besser zu verstehen und mit zu verwirklichen. Wir werden andererseits aber auch der Absicht der Kirchenseite entgegentreten, zwischen oben und unten, zwischen den zentralen und örtlichen Organen der Staatsmacht eine Differenzierungstaktik zu betreiben. Die Einheit des staatlichen Handelns von oben bis unten . . . ist eine Grundbedingung erfolgreicher Kirchenpolitik.“

## 1.2. *Wie grundlegend waren „Grundlagenbeschlüsse“?*

Mindestens für den Untersuchungszeitraum wird kritische Nachfrage an die hinter der Themenformulierung zu vermutende Annahme, es gäbe so etwas wie ein ausgeführtes und vor allem auch durchgehaltenes kirchenpolitisches Konzept der SED, zu richten sein.

Die in SED-Papieren immer wieder auftauchenden Selbstbezeichnungen wie „Staatspolitik in Kirchenfragen“, „Grundsatzbeschluß“, „Konzeptionspapier“, „Grundsatzrede“, „Jahresanalyse“, „Arbeitsplan“ etc. kann – wiederum eingeschränkt auf den Untersuchungszeitraum – nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch auf dem Gebiet der Kirchenpolitik vieles konzeptionslos verlief, auch und gerade dann, wenn die Gesetzmäßigkeit, Plangenaugigkeit und Kontinuität des Handelns von SED-Seite betont wurde.

Drei Beobachtungen seien dazu festgehalten:

<sup>1</sup> Referat Paul Verners am 22. März 1978.

Der Text aus dem Nachlaß (ZPA NL 281/48) wird in einer Dokumentation von Horst Dohle im Wortlaut veröffentlicht. Zitat im Redemanuskript S.27 f. Vgl. dazu Anm.Nr.40 und unter 2.3. Papierflut und Dokumentenscheu

### 1.2.1. „Weitreichende Beschlüsse“ und ihre „vollinhaltliche Verwirklichung“: Die Parteisprache

Es gehört zu den Eigentümlichkeiten der DDR-Parteisprache, fast immer grundsätzlich zu reden. Jeder Filialleiter eines kleinen Konsumladens hatte gelernt „einzuschätzen“, daß auch auftretende Versorgungsengpässe auf die sich ständig verschärfende Klassenauseinandersetzung zurückzuführen seien.

Die laienhafte Annahme, in den oberen Parteigremien würde wenigstens hinter verschlossenen Türen Klartext geredet, hat sich nur zum Teil bewahrt. Schon oberflächliche Einsicht zeigt, daß die parteitypische, stereotypumständliche Sprache bis in strengvertrauliche innerparteiliche Texte hinein durchgehalten wurde. Die Kirchenpolitik bildet da keine Ausnahme. Dazu ein Beispiel: Auf einem „Erfahrungsaustausch mit den Stellvertretern des Vorsitzenden für Inneres und der Mitarbeiter für Kirchenfragen der Räte der Kreise am 17.2.1977 in Halle“<sup>2</sup> referierte der Mitarbeiter der Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim Zentralkomitee der SED, Eberhard Hüttner, zum Thema: „Über die Kirchenpolitik unseres Staates unter den gegenwärtigen Bedingungen des Klassenkampfes und nach dem IX. Parteitag“.

Das Fazit des Referates, das durchaus auch kritische Bewertungen kirchlicher Positionen vornimmt, lautet nach der in Bitterfeld gefertigten Nachschrift:<sup>3</sup>

„Im Mittelpunkt unserer Arbeit mit den kirchlichen Amtsträgern sollte stehen:

- Erläuterung des zutiefst humanistischen Wesens der Politik und Regierung
- die konsequente Friedenspolitik der soz. Staatengemeinschaft und ihre Rolle
- Es gilt, die Richtigkeit des realen Sozialismus in der DDR verstärkt nachzuweisen, zu beweisen, daß unsere Politik mit den Lebensinteressen der Christen übereinstimmt und daß es keine Alternative zum Sozialismus gibt.“

Grundsätzlicher ist Kirchenpolitik nicht zu betreiben, aber es findet sich auch nicht ein Satz, der nicht genauso im „Neuen Deutschland“ hätte stehen können.

### 1.2.2. „Die Ausführungen des Genossen H. sind in den Mittelpunkt zu stellen“

Beschlüsse auf Leitungsebene (Politbüro, Sekretariat des ZK) erlangten in der Regel dann größere praktische kirchenpolitische Bedeutung, wenn sie nicht

<sup>2</sup> Protokoll über Erfahrungsaustausch ... in: Archiv Landratsamt Bitterfeld, Aktenstück 2357, Maschinenschrift, 4 Seiten.

<sup>3</sup> a. a. O.

ausdrücklich als „Grundsatzbeschuß“ gekennzeichnet sind. Entscheidungen – durchaus auf der Ebene des Politbüros oder durch den Genossen Honecker persönlich getroffen – zu Themen wie

- Genehmigung von Kirchentagen<sup>4</sup>
- Errichtung von Kirchen in Neubaugebieten<sup>5</sup>
- Zustimmung zu bestimmten Staat-Kirche-Gesprächen<sup>6</sup>
- „Einschätzungen“ von Synodaltagungen und daraus abgeleitete Maßnahmen<sup>7</sup>
- Beschlüsse in bestimmten Krisensituationen<sup>8</sup>

sind in ihrer Entstehung durchaus umstritten gewesen und benötigen zum Teil einen längeren Entscheidungsprozeß. Ihre praktische Auswirkung ist oft sehr konkret.

Ihre Einordnung in eine kirchenpolitische Konzeption konnte aber auch erst im nachhinein erfolgen. Das heißt, es muß noch genau geprüft werden, inwieweit kirchenpolitische „Grundsatzbeschlüsse“ nicht erst im nachhinein zur Rechtfertigung und Begründung getroffener Entscheidungen verfaßt wurden. Besonders im Blick auf die großen kirchenpolitischen Grundsatzreden Paul Verners<sup>9</sup> trifft diese Vermutung zu. Sie erreichen die Öffentlichkeit oder eine Teilöffentlichkeit, formulieren sehr allgemeine kirchenpolitische Ziele, werden von den Mitarbeitern für Kirchenfragen auf Bezirks- und Kreisebene als „richtungsweisend“ und „grundlegend“ betrachtet und in ihre Argumentation einbezogen und rechtfertigen letztlich doch nur längst getroffene Entscheidungen.

Damit spiegelt auch die Kirchenpolitik der SED ein DDR-typisches Phänomen wider, daß besonders eindrücklich an den SED-Parteitag verdeutlicht werden

4 So wurde schließlich die Genehmigung der Abschlußveranstaltung des (Ost-) Berliner Kirchentages 1987 von Honecker direkt an Bischof Forck am 15.1.1987 erteilt.

5 Vgl. dazu unter 2.7. Kirchenpolitik konkret: Das Sonderbauprogramm

6 Als Beispiel kann die lange Auseinandersetzung um das erste offizielle Staat-Kirche-Gespräch nach der Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz (18.8.1976) am 15.5.1977 gelten.

7 Als Beispiel kann die für das Politbüro gut zu rekonstruierende Reaktion auf die Bundessynodaltagung von 1987 in Görlitz gelten. (Bekennen in der Friedensfrage, Absage an die Abgrenzung) Vgl. dazu Informationen Jarowinskys an Honecker über Verlauf der Synode vom 21.9.1987 und Beschluß des Politbüros vom 22.9.1987 sowie die Information der AG Kirchenfragen vom 23.9.1987. Schließlich den Beschluß des Sekretariats des ZK vom 14.10.1987. Alle Texte werden in der Dokumentation von Horst Dohle veröffentlicht.

8 Zum Beispiel das Zustandekommen des sogenannten „Jarowinsky-Papier“ vom 19.2.1988 illustriert besonderes kirchenpolitisches Handeln.

9 Zu nennen wären etwa folgende Reden von Paul Verner:

- a) Am 9.2.1971 aus Anlaß des 10. Jahrestages der Übergabe einer Unterschriftenkassette durch Emil Fuchs an Walter Ulbricht am 9.2.1961
- b) Am 26.7.1976: Mit dem Schwerpunkt Kirchenneubau in Neubaugebieten; Auszug: unter 2.7. Kirchenpolitik konkret: Das Sonderbauprogramm
- c) Am 22.3.1978 zur Interpretation des 6. März 1978
- d) Am 15.5.1980: Kirchenpolitische Grundsatzrede vor Mitarbeitern für Kirchenfragen.

kann. Auch die Parteitage dienten letztlich der öffentlichen Festlegung auf einen längst beschrittenen Kurs.

### 1.2.3. „*Unser Kurs ist gut und richtig*“

Die SED wurde zwar bis zum Ende ihrer Herrschaft nicht müde, von der Fortsetzung des guten und bewährten Kurses zu sprechen<sup>10</sup>, dennoch ist es m. E. für den Untersuchungszeitraum nicht möglich – also gewissermaßen post festum – die alte SED-These, sie selbst würde planmäßig und gesetzmäßig Geschichte gestalten, für die Kirchenpolitik einfach zu bestätigen. Auch in kirchenpolitischen Äußerungen finden sich immer wieder Hinweise auf die „Weiterführung“ und „unbeirrte Fortsetzung“ der „Grundlinie“, und selbst so einschneidende Ereignisse wie das Gespräch vom 6.3.1978 werden in ihrer Auslegung so interpretiert, daß trotz der Betonung:<sup>11</sup>

„Es ist in der 30jährigen Geschichte der DDR das erste Mal, daß das Staatsoberhaupt mit dem Vorstand der Konferenz evangelischer Kirchen der DDR, also mit einem Gremium, das alle acht Landeskirchen repräsentiert, ein solch konstruktives, offenes und freimütiges Gespräch führte.“

festgehalten wird:<sup>12</sup>

„Das Gespräch ist ein Ausdruck der kontinuierlichen Kirchenpolitik unserer Partei und stellt keine neue Taktik, keine Wende in unserer Politik gegenüber den Kirchen dar.“

Auf der Ebene des Kreises Bitterfeld wird mitgeschrieben:<sup>13</sup>

„Wir gehen davon aus, daß die Beziehungen Staat – Kirche noch besser werden können, wenn die Kirchen ihre Beziehungen zum Staat weiter normalisieren. Das Gespräch stellt also keine Wende in der Kirchenpolitik dar, sondern unterstreicht die Kontinuität unserer Politik.“

Allenfalls die Kirchen haben sich verändert:

„Das Gespräch ist aber auch Ausdruck dafür, daß sich unter einem großen Teil kirchlicher Amtsträger ein Umdenken vollzogen hat . . . Es wird eingeschätzt, daß sich realistisches Herangehen an die Beziehungen Staat-Kirche vollzogen hat und daß sich die Kirchen als Kirchen im Sozialismus einreihen müssen und sich mit dem sozialistischen Staat engagieren.“ (sic!)

10 Unter der Überschrift: „Bürger der DDR für Fortsetzung des guten Kurses“ veröffentlichte das „Neue Deutschland“ vom 30.8.1989 (Seite 2), also auf dem Höhepunkt von Auswanderungsstimmung und Botschaftsbesetzungen zahlreiche Leserzuschriften. Eine ND-typisches Verhalten in Krisensituationen.

11 So Paul Verner im Referat vom 22.3.1978. Vgl. Anm.Nr.40 und unter 2.3. Papierflut und Dokumentenscheu.

12 Nachschrift Referat Verner gefertigt für den SED-Chef im Bezirk Halle, Werner Felfe. Vgl. Anm. Nr. 41.

13 Nachschrift, gefertigt von Mitarbeitern Kirchenfragen im Kreis Bitterfeld von Veranstaltung zur Weitergabe des Referates von P. Verner. Vgl. Anm. Nr. 42.

Die folgenden Beobachtungen zur SED-Kirchenpolitik sind also auf dem Hintergrund dieser Einschränkungen zu lesen und zu verstehen.

Ein Blick auf die Quellenlage und erreichten Forschungsstand wird deutlich machen, daß, obwohl zahlreiche zentrale Quellen bereits archivalisch erschlossen und über Editionen auch schon einem breiteren Publikum zugänglich gemacht worden sind, sich noch erhebliche Defizite zeigen, Forschungsbedarf benennen und eine Reihe von methodischen, aber auch inhaltlichen Problemen aufzeigen lassen.

Weiter wird zu zeigen sein, daß sich die Kirchenpolitik der SED in ihrer Komplexität nicht auf Beschlüsse der „Partei- und Staatsführung“ reduzieren und mit solchen Beschlüssen hinreichend deutlich beschreiben läßt. Eine erste rechnerartige Einbeziehung von Quellen der „unteren“ Ebene wird deutlich machen, daß die Strukturen kirchenpolitischen Handelns von Partei und Staat, die ihre Ausformung schon in der „Vor-Honecker-Zeit“ erhalten hatten, dennoch auf ihre spezifischen Arbeitsformen und -möglichkeiten im Untersuchungszeitraum zu betrachten sind.

Eine Abgrenzung verschiedener Phasen der Kirchenpolitik der SED ist m. E. nur in Parallele zu unterschiedlichen Phasen der gesamten gesellschaftspolitischen Entwicklung möglich und dann auch sinnvoll. Das heißt, daß die SED-Kirchenpolitik als in die Gesellschaftspolitik eingebettet zu betrachten ist. Dem steht heute noch die methodische Schwierigkeit entgegen, daß z. Z. vielmehr versucht wird, mit Hilfe der Kirchenpolitik, der heute das überwiegende Forscherinteresse gilt, die Gesellschaftspolitik zu beschreiben.

Diesen Umstand einbezogen, werden sich dennoch für die „Honecker-Zeit“ unterschiedliche, voneinander durch bestimmte Spezifika abzuhebende gesellschaftliche „Phasen“ aufzeigen lassen, die auch Auswirkungen auf die Kirchenpolitik haben.

## 2. *Quellenlage und Forschungsstand*

### 2.1. *Die Archive und ihre Benutzer*

Der für zeitgeschichtliches Arbeiten untypische, in dichter zeitlicher Nähe erfolgende fast unbegrenzte Zugang zur archivalischen Hinterlassenschaft der DDR darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Großteil der Forschungsarbeit noch vor uns liegt. Lange Wartezeiten für die Archivbenutzung sind einerseits Ausdruck vorhandener bzw. erhoffter Ergiebigkeit der entsprechenden Archive, zeigen aber auch an, daß z. Z. nicht nur wissenschaftliches Interesse – „ohne Zorn und Eifer“ – für die Arbeit am Thema „Kirche in der DDR“ vorherrschend ist. Ein Bericht über den Forschungsstand kann – schon allein wegen der großen zeitlichen Nähe des Untersuchungszeitraumes –